

281 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Beschluß des Nationalrates vom 8. Juli 1969,
betreffend ein Protokoll Nr. 5 zur Konvention zum Schutze
der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die
Artikel 22 und 40 der Konvention abgeändert werden

Durch das vorliegende Protokoll sollen
die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechts-
konvention bezüglich der Amtsdauer von Mitgliedern der
Europäischen Kommission für Menschenrechte und des
Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte dahin ab-
geändert werden, daß sichergestellt ist, daß so weit
wie möglich, die Hälfte der Mitglieder der Kommission
und ein Drittel der Mitglieder des Gerichtshofes alle
drei Jahre neu gewählt wird.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegen-
heiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung
vom 15. Juli 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Aus-
schuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den
Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 8. Juli
1969, betreffend ein Protokoll Nr. 5 zur Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch
das die Artikel 22 und 40 der Konvention abgeändert
werden, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 15. Juli 1969

G a m s j ä g e r
Berichterstatter

M a y r h a u s e r
Obmann